

Annoncen:
Annahme-Bureau.
In Posen außer in der
Expedition dieser Zeitung
(Wilhelmstr. 17.)
bei C. J. Ulrich & Co.
Breitestraße 20.
in Grätz bei J. Streissand,
in Neisse bei Th. Matthias,
in Wreschen bei J. Jadesohn.

Annoncen:
Annahme-Bureau.
In Berlin, Breslau,
Dresden, Frankfurt a. M.,
Hamburg, Leipzig, München,
Stettin, Stuttgart, Wien:
bei G. F. Daube & Co.,
Haasenstein & Vogler,
Rudolph Nossel.
In Berlin, Dresden, Görlitz
beim „Invalidendank“.

Dosener Zeitung.

Neunziger Jahrgang.

Nr. 550.

Das Abonnement auf dieses täglich drei Mal erscheinende Blatt beträgt vierteljährlich für die Stadt Posen 4½ Mark, für ganz Deutschland 5 Mark 25 Pf. Bestellungen nehmen alle Postanstalten des deutschen Reiches an.

Mittwoch, 8. August.

1883.

Amtliches.

Berlin, 7. August. Der König hat dem großherzoglich mecklenburg-schwerinschen General-Brigadier von Holstein, Chef des Militär-Departements, den königlichen Kronen-Orden erster Klasse; sowie dem großherzoglich mecklenburg-schwerinschen Obersten von Schulz, Mitglied des Militär-Departements, den Röthen Adler-Orden dritter Klasse mit der Schleife verliehen.

Der König hat den bisherigen außerordentlichen Professor in der philosophischen Fakultät der Universität zu Breslau, Dr. Adolf Gaspari, zum ordentlichen Professor in derselben Fakultät, den Gerichts-Assessor Wilhelm und den Gerichts-Assessor Albert Schulz zu Amtsrichtern ernannt, den Rechtsanwälten Julius Mayer und Krupp in Bonn, Carlstanzen und Franz Theodor Heinrich Eßer in Köln, sowie dem Notar Franouz in Geldern den Charakter als Justiz-Rath, ferner dem Regierungs-Sekretär Lehmann in Frankfurt a. M. bei seinem Übertritt in den Ruhestand den Charakter als Rechnungs-Rath verliehen.

Der Hüttslehrer Schröter vom Schullehrer-Seminar zu Uettingen ist in gleicher Eigenschaft an das Schullehrer-Seminar zu Delitzsch versetzt. Dem Musikkreis Heinrich Henkel zu Frankfurt a. M. ist das Präsidat Musikkreis beilegt worden.

Der Rechtsanwalt Jansen in Düsseldorf ist zum Notar für den Amtsgerichtsbezirk Mettmann, im Landgerichtsbezirk Elberfeld, mit Anweisung seines Wohnsitzes in Mettmann, ernannt worden.

Politische Übersicht.

Posen, 8. August.

Der Kaiser hat, wie bereits telegraphisch gemeldet, die Verwaltungsgesetze nunmehr vollzogen. Das Organisationsgesetz trägt als Tag der Vollziehung das Datum des 30. Juli, das Zuständigkeitsgesetz das Datum des 1. August.

Gestern hat im Wahlkreis Wiesbaden-Heiningau eine fernere Ersatzwahl zum Reichstag stattgefunden, auch in diesem Wahlkreis befand sich die Fortschrittspartei wie in Kiel-Rendsburg in der Vertheidigung ihres alten Mandats. Die definitiven Resultate über die Wahl sind noch nicht gemeldet, doch ist wohl anzunehmen, daß im ersten Wahlgang Rechtsanwalt Schend (Fortschritt) als Vertreter des bis dahin von Schulze-Delitzsch innegehabten Mandats gewählt werden wird. Bis jetzt sind, wie telegraphisch gemeldet, gezählt für Schend (Fortschritt) 6211, Kontreadmiral a. D. Werner (konservativ) 746, für Freiherrn v. Spies-Büttelheim (Zentrum) 2796 und für Schreiner Soest (Sozialist) 1330 Stimmen. Alle diese Parteien traten auch am 27. Oktober 1881 auf den Plan, doch siegten die Liberalen mit überwältigender Majorität, sie erlangten fast doppelt so viel Stimmen (circa 11,000) als die drei feindlichen Parteien (circa 6000), hiervon hatten die Klerikalen 4000, die Konservativen 1500, die Sozialisten 700.

Im Wahlkreis Kiel-Rendsburg wird heut das offizielle Wahlresultat der am 3. August zwischen dem Professor Albert Hänel (Fortschritt) und dem Sozialdemokraten Heinzel stattgehabten Stichwahl verkündet. Nach amlicher Feststellung sind bei der Wahl im Ganzen 22,073 Stimmen abgegeben worden, hiervon erhielt Professor Hänel (Fortschritt) 13,243, Heinzel (Soz.) 8830, der erstere ist sonach gewählt. Dank der Rücksicht der Liberalen erlangte Hänel diesmal eine Stimmenzahl wie nie zuvor. Die Frage, wie sich die Konservativen zur Stichwahl gestellt haben, läßt sich jetzt, da die einzelnen Wahlresultate bekannt sind, beantworten. „Es ist nachweisbar, so schreibt die „Kieler Zeitung“, daß eine gewisse Anzahl konservativer Wähler ihre Stimme schließlich dem liberalen Kandidaten gegeben haben. Es ist unbefriedigt, daß eine ansehnliche Menge anderer Konservativen sich der Stimme enthalten haben. (In einem Dorf, in dem bisher konservativ gewählt wurde, ist diesmal nicht eine einzige Stimme abgegeben worden.) Wir können es beider nachweisen, daß eine dritte, wie wir hoffen, geringe Anzahl Konservativer, direkt für den Sozialdemokraten gestimmt hat. Es hat, wie wir bestimmt wissen, einzelne Bevölkerung gegeben, welche bei der ersten Wahl Stimmzettel für den Grafen Reventlow und bei der engeren Wahl Stimmzettel für Heinzel vertrieben.“ Die Landbevölkerung hat treu zur Sache des Liberalismus gehalten, den sozialistischen Agitationen gelang es nicht, bei derselben Boden und Terrain zu gewinnen.“

Gestern ist der Hamburgische Bevollmächtigte zum Bundesrat, Senator Dr. Versmann, in Berlin eingetroffen. Seine Anwesenheit bezweckt ohne Zweifel, noch in letzter Stunde mit den beteiligten Chefs der Reichsämter über die bekannte Spritbestimmung im spanischen Handelsvertrag zu berathen.

Die „Nordb. Allg. Ztg.“ sagt in ihrer gestrigen Nummer, sie habe wiederholt die Meinung vertreten, „daß die Bauernvereine bewegung sich zu ihrem eigenen Besten von politischen und kirchlichen Tendenzen und Parteiformeln fernhalten müsse.“ Sie hat sich bisher aber in der Praxis nur für solche Vereine ausgesprochen, welche sie dahin charakterisiert, daß darin „adlige Grundbesitzer die Anregung zur Bildung von Bauernvereinen geben und ihnen demnächst auch die Leitung derselben in die Hand gelegt wurde. Der erste derartige Verein, bei dessen Bildung dies nicht der Fall ist, zu dem die

Herren Wissner und Brünning die Anregung gegeben haben, erfreut sich durchaus nicht der Sympathien des offiziösen Blattes. Demselben ist die Bauernqualität des Herrn Wissner verbüchtigt, weil derselbe — Vorträge hält und Broschüren schreibt. Die „Kreuzig.“ schließt sich diesem Misstrauen an. Die Bauern, wie „Kreuzig.“ und „Norddeutsche“ sie brauchen, müssen eben unfreiwilliger sein, als Herr Wissner ist. Wenn der Landmann selbstständig denkt, so liegt schon der begründete Argwohn vor, daß er kein geeignetes Material mehr für konseriative Bauernvereine abgibt, sondern ein Liberaler sein muß. Den Hauptangriffspunkt gegen die Schrift des Herrn Wissner gewinnt die „N. A. Ztg.“ daraus, daß derselbe „die Notlage des Bauernstandes keineswegs leugnet, ja bedingt sogar eine solche der ganzen Landwirtschaft zugiebt.“ Hätte Mr. Wissner in diesem Punkte das Gegenteil geschrieben, so würde das Blatt wahrscheinlich noch viel schärfere Angriffswaffen daraus ziehen. Auf eine sachliche Kritik des von Herrn Wissner aufgestellten Programms geht die „N. A. Ztg.“ nicht ein.

In der „Allg. Lauenb. Landes-Ztg.“ finden wir heute die aus Staade datirte bestimmte Mittheilung, daß auf der Elbinsel Krautsand, 20 Kilometer von Stade entfernt, der Tod eines Mannes an der asiatischen Cholera amlich konstatiert sei. Der Kreishauptmann habe darüber eine amliche Bekanntmachung in dem „Terberger Wochenblatt“ erlassen. Da sonst über diesen Fall bisher nichts berichtet wird, derselbe auch schon das Datum des 4. August trägt, so dürfen wir wohl hoffen, daß die Mittheilung auf einem Irrthum beruht. Valdige Auskunft darüber von berufener Seite wäre gewiß sehr erwünscht.

Wie aus Prag telegraphisch gemeldet wird, hat der böhmische Landtag den Kommissionsantrag betreffend die Wahlreform nach lebhafter Debatte mit allen Stimmen gegen die Stimmen der deutschen Linken genehmigt. Die von den Tschechen gewünschte Wahlreform, mit deren Ausarbeitung der jetzt tschechische Landesausschuß betraut werden soll, bezweckt bekanntlich die Deutschen in Böhmen in ein annähernd gleiches Verhältnis zu den Tschechen zu bringen, wie es in Galizien zwischen Ruthenen und Polen besteht. Der fideikommisarische Grundbesitz, welcher etwa zwanzig Stimmen zählt, soll das Recht haben, 16 Abgeordnete zu wählen, der nicht-fideikommisarische soll in fünf Gruppen zerstreut werden, und zwar derart, daß die Tschechen und Feudalen stets einer Zweidrittelmajorität sicher wären, der Wahlcensus soll herabgesetzt und schließlich sollen durch eine neue Wahlkreisgeometrie in den gemischtsprachigen Bezirken den Tschechen einige neue Sitze erobert werden. Damit hoffen die Tschechen in den Besitz der Dreiviertel-Majorität im Landtage zu kommen, welche über die Verfassung souverän beschließen könnte. Glücklicherweise ist die deutsche Minorität noch immer stark genug, die Verwirklichung dieser tschechischen Hoffnungen zu verhindern.

In Bezug auf die englischen Politik in Egypten erklärte der Premier Gladstone am Montag in Beantwortung mehrerer an ihn gerichteten Interpellationen, es habe sich hierin nichts an den wiederholt ausgesprochenen Ansichten der Regierung geändert. Sie habe den fremden Mächten nie eine bestimmte Frist für den Rückzug der Truppen aus Egypten angegeben, aber die fremden Mächte könnten genau die allgemeinen Absichten der Regierung, deren Mittheilung unter gehöriger Berücksichtigung der Umstände nicht als bloße Information für dieselben, sondern als Zusage der englischen Regierung angesehen werden können. „Unser Wunsch ist, daß unserer Einmischung in die egypischen Verhältnisse dauernde Zustände folgen; unser Ziel besteht nicht nur darin, augenblicklich die Ruhe zu sichern, sondern auch die Gefahr zukünftiger Störungen abzuwenden. Der Ausbruch der Cholera hat das Werk der Reorganisation verzögert und verhindert mich, auf einen baldigen Rückzug der Truppen zu hoffen. Wenn wir Egypten verlassen, müssen wir ein festeres und stabileres Gebäude, als das von Arabi gestürzte, zurücklassen. Ich kann nur sagen, daß die fremden Mächte im Wesentlichen gut von unseren Absichten betreffs Egyptens unterrichtet sind und daß wir keinen Grund haben, irgendwelche unbillige, unfreundliche oder unvernünftige Opposition gegen unsere Schritte zur Regelung der egypischen Verhältnisse zu erwarten.“

Über das Stadium der Reorganisation Egypten theilte Gladstone gestern im englischen Unterhause Folgendes mit: Lord Dufferin habe in einem Privatbriefe geäußert, die Reorganisation der egypischen Armee sei fast vollendet, mit der Gendarmerie sei man aber noch nicht so weit gekommen, namentlich sei hinsichtlich der Polizei noch viel zu thun. Be treffs der Gerichtsbarkeit glaube Dufferin, daß ein genügendes Richterpersonal gesichert sei, aber die Übersetzung des Codex in das Arabische habe Verzögerungen verursacht. Wie weit die Ernennung der gesetzgebenden Körperschaften gediehen, wisse Dufferin nicht, für die wählbaren Körperschaften aber seien bereits die Arrangements getroffen. Der egypischen Regierung seien Irri-

gationspläne für das Delta unterbreitet, aber noch keine positive Entscheidung von derselben getroffen. Auch betriffts der Besteuerung der Ausländer seien der egyptischen Regierung Vorschläge gemacht worden. — Hierauf befindet man sich, was positives Schaffen anlangt, noch ziemlich im Anfangsstadium.

Die republikanische Schilderhebung in Madrid scheint, nach der heutigen Schweigsamkeit des Telegraphen zu urtheilen, niebergeworfen und im Keime erstickt worden zu sein. Man wird wohl nicht fehlgehen, wenn man in dem Ereignis keine organisierte politische Aktion, sondern vielmehr eine Art militärischer Meuterei erblickt, die auf persönliche und lokale Motive zurückzuführen ist. Daß aber die Regierung die Sache von Anfang an sehr ernst genommen hat, ist daraus zu ersehen, daß die ganze Provinz Extremadura sofort in Belagerungszustand versetzt worden ist.

Die letzte Cholera post aus Egypten ließ, könnte man ihre Zuverlässigkeit umbezweifeln lassen, eine erhebliche Besserung des Gesundheitszustandes erkennen. Von Sonnabend zu Sonntag starben in Kairo nur 120, in den nächstfolgenden 24 Stunden nur 111 Personen an der Cholera. Eine ähnliche Abnahme der Sterbefälle ist, wie aus unserem gestrigen Telegramme ersichtlich, auch in den übrigen Dörfern zu konstatiren. In Beirut sind am Sonnabend und Sonntag vereinzelte Todesfälle an Cholera in der Stadt vorgekommen.

Briefe und Zeitungsberichte.

+ Berlin, 7. August. Die Steuer- und Zollfragen, welche sich an die Spritfabrikation knüpfen, sind durch den Handelsvertrag mit Spanien in den Mittelpunkt der Diskussion gerückt worden, und da sich schwerwiegende Interessen daran knüpfen, werden sie wohl auch nicht eher von der Tagesordnung verschwinden, bis sich eine wesentliche Umgestaltung in der Besteuerung des Sprits vollzogen hat. Es ist möglich, daß diese Umgestaltung durch die Fortschritte der Technik beschleunigt wird. Von einzelnen Seiten erwartet man in vieler Beziehung viel von einem neuen Verfahren, das am 14. d. Mts. in Berlin (Eisenbahnstraße 19) einer Probe in Gegenwart technischer Autoritäten unterzogen werden soll. Es soll mit dem neuen Verfahren ein Weg gangbar gemacht werden sein, dessen Existenz schon seit langer Zeit behauptet und an dessen Auffindung ein Fachmann (Probach) seit Jahren mit Unterstützung finanzieller Kräfte eifrig thätig gewesen ist. Bisher gelangte der gesammte Fruchtaufwand in den Maischraum, und durch den Apparat (Genze o. a.) wurde daraus Rohsprit gewonnen, der in Rektifikationsanstalten in Feinsprit übergeführt werden mußte. Nach dem neuen Verfahren soll die Entziehung des Fuselöls u. s. w. zuerst erfolgen, in den Maischbottich schon konzentrierte Maische gelangen und daraus folglich Feinsprit gewonnen werden können, der zu den meisten Zwecken sofort verwendbar ist, so daß ein besonderes Rektifikationsverfahren nur noch zu Zwecken, die ein überaus feines Fabrikat beanspruchen, erforderlich wäre. Als das Wichtigste an dem neuen Verfahren wird jedoch die Ermöglichung einer wesentlich andern Verwertung der Schlempe bezeichnet. Dieselbe ließ sich bisher nicht gut über 24 Stunden erhalten, weil sie sonst verdarb. Deshalb mußte der Viehbestand während der Brennperiode so groß sein, daß die Schlempe immer in kürzester Frist konsumirt werden konnte. Das neue Verfahren soll nun die schon lange gesuchte Überführung der Schlempe in die Form von Trockenflocken ermöglichen, welche sich ebenso für längere Zeit konservieren lassen sollen, wie Raps-, Lein- und andere Delikatessen, die also auch die Verwendung an anderen Orten gestatten. Gelingt dies, so ist das neue Verfahren geeignet, den Betrieb der Landwirtschaft auf den betreffenden Besitzungen wesentlich umzugestalten. Es würde sich u. A. die Brennperiode auf wenige Wochen zusammendrängen lassen. Gelangte das neue Verfahren zur Theilweise Einführung, so würde sich das bisherige System der Maischraumsteuer kaum noch lange halten lassen. Denn da nach dem neuen Verfahren die Maische in konzentrierter Form in den Maischraum gelangt, so würde derselbe Maischraum etwa doppelt so viel Sprit liefern als bisher, der nach dem neuen Verfahren gewonnene Sprit also nur etwa die Hälfte der Steuer tragen, als der nach den bisherigen Methoden gewonnene. Die Einführung der Fabrikatsteuer würde dann kaum noch zu umgehen sein. Würde alles bisher Mitgetheilte für die heimischen Landwirthe von Vortheil sein, so könnte ihnen ein Nachtheil vielleicht daraus entstehen, daß, wie man glaubt, die Gewinnung des Sprits aus dem Mais, welche bisher nur einen verhältnismäßig geringen Umfang gehabt hat, nach dem neuen Verfahren einen besonders regen Aufschwung nehmen wird, so daß die Kartoffel von ihrem jetzigen Vorhang, das Hauptmaterial zur Spritfabrikation zu liefern, in etwas zurückgedrängt werden könnte. So denkt man sich die steuer- und wirtschaftspolitischen Folgen des nur in wenigen Strichen ange deuteten Verfahrens. Ob die

